

# **Stellungnahmen zum Fraktionsbericht der Grünen**

**des Untersuchungsausschusses betreffend Aufklärung, ob  
öffentliche Gelder im Bereich der Vollziehung des Bundes aus  
sachfremden Motiven zweckwidrig verwendet wurden  
(„ROT-BLAUER Machtmissbrauch-Untersuchungsausschuss“)  
(8/US) (2671 d.B.)**

**gemäß § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA**

## Stellungnahmen gemäß § 51 Abs 3 Z 3 VO-UA

### 1. BM a.D. Dr.<sup>in</sup> Karin Kneissl

BM a.D. Dr.in Karin Kneissl erstattete

im Wesentlichen folgende Stellungnahme:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass seit Jahren Verleumdungen gegen mich erfolgen, die mich gezwungen hatten, das Land 2020 und dann auch die EU 2022 zu verlassen. Infolge des de facto Arbeitsverbots konnte ich keinem Erwerbsleben nachgehen. Aus Ö gelangten von vielen Stellen, nicht nur Grünen Abg., Vorwürfe wie Spionage, Korruption etc ins EU-Parlament. Ich war nie Mitglied der FPÖ, wurde nach Entlassung der ÖVP-FPÖ Reg. neuerlich als unabhängige BM angelobt- Zu keinem der zit. Personen Egisto Ott etc hatte ich in meiner Amtszeit Kontakt. Der Vorwurf der Spionage ist heftig. Dürfen derartige Anschuldigungen über Jahre hinweg im NR, in Artikeln, in Chatrooms unwidersprochen erfolgen? Meine Eingaben an die Staatsanwaltschaft wurden nie bearbeitet. Rechtsanwälte, die ich kontaktierte, meinten aus „atmosphärischen Gründen“ sollte ich besser nicht den Rechtsweg wählen, auch wenn ich eventuell die kostspieligen Verfahren gewinnen könnte.

### 2. Stellungnahme Wolfgang Wagner

Wolfgang Wagner erstattete zu dem Textteil

Seite 19

folgende Stellungnahme:

„Zum Vilimsky-Chat: „Wir haben...Wagner den Report gegeben...“ halte ich fest, dass ich mit keinen Parteienvertretern sondern ausschließlich ORF-intern über meine Bewerbung gesprochen habe. Nach mehr als zehn erfolgreichen Jahren als Sendungsverantwortlicher der ZIB2 habe ich mich 2018 einem internen Assessment und einer Redaktionsabstimmung über die Leitung des ORF2-Magazins Report gestellt, aus denen ich als Erstgereihter hervorging.“

### 3. Stellungnahme Alexander Wrabetz

Alexander Wrabetz erstattete

im Wesentlichen folgende Stellungnahme:

Es wird richtig festgestellt, dass die FPÖ, einen aus dem Bundesbudget (und damit eng von der Bundesregierung abhängigen) ORF wollte. Es ist richtig, dass die FPÖ den ORF durch Entzug von Finanzmitteln deutlich verkleinern und schwächen wollte. Weiters ist richtig, dass eine raschestmögliche

Neubesetzung des Generaldirektors angestrebt wurde („Wrabetz weg, Gebühren weg“). Dies geht aus den Chats klar hervor und ist richtig interpretiert. Die ÖVP-Führung wollte diese nicht gleich zu Beginn der türkis-blauen Regierung realisieren, da man vor allem international Vorwurf der „Orbanisierung“ fürchtete. Letztlich wurden diese Pläne von wegen des Scheiterns der Regierung durch „IBIZA“ nicht realisiert. Zu den anderen genannten Mitarbeitern des ORF kann ich aus meiner Kenntnis der realen Ereignisse und der Mitarbeiter folgendes festhalten:

Zu W.W.:

Die FPÖ hatte weder direkt noch indirekt versucht auf die Bestellung von W.W. zum Report-Chef Einfluss zu nehmen geschweige denn diese beeinflusst. Es ist absurd, wenn behauptet wird, man hätte Herrn W. den „Report gegeben“. W.W. hat sich damals als erfolgreicher ZIB 2 Chef als Report-Chef beworben und erfüllt diese Aufgabe seither hervorragend.

Zu M.S.

M.S. hat sich für den zitierten Chatverlauf mehrmals bei der Redaktion und in der Öffentlichkeit entschuldigt. Zu seiner Arbeit als Chefredakteur kann ich nur feststellen, dass er immer für unabhängige, sachliche, kritische, objektive und äquidistante Berichterstattung gestanden ist. Insbesondere zB. auch mit der umfassenden Ibiza-Berichterstattung im Mai 2019, die eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit und Unabhängigkeit der ORF-TV-Information für ein Millionenpublikum unter Beweis stellte.

Zu C.W.

C.W. ist einer der besten und höchstdekorierten Korrespondenten des ORF. Ich habe ihn (zusätzlich zu seiner Verantwortung für den Westbalkan) 2014 zum 1. Ukraine-Korrespondenten bestellt. Seine kompetente, mutige Berichterstattung muss nicht hervorgehoben werden. Er bleibt auch Korrespondent aus Leidenschaft. Einen von mir angedachten Wechsel ins Büro Moskau hat er abgelehnt. Die zu seiner Person geäußerten sonstigen Ideen sind im ORF nicht bekannt geworden.

Zu J.

Nur der guten Ordnung halber: Die Sendung wurde während des 1. Corona-Lockdown konzipiert und erfolgreich programmiert. Das war fast ein Jahr nach dem Ausscheiden von HC Strache aus der Regierung. Aufgrund seiner Position als Gestalter verfügte er natürlich zu keinem Zeitpunkt über unternehmensrelevante Insiderinformationen.

Zusammenfassend:

Dass man mit der Linie „Wrabetz weg, Gebühren abschaffen“ den ORF grundlegend umbauen und schwächen wollte, ist aus den Chats klar zu Tage getreten. Die genannten Einzelbeispiele tragen aber nicht wirklich dazu bei, um das zu belegen. Letztlich blieben die Chats ja im Unternehmensgeschehen

ohne Folgen. Keine der Positionen wurde so wie herbeiphantasiert besetzt, keine der Sendungen realisiert, keine MitarbeiterIn „rausgeschmissen“ etc.

#### 4. Stellungnahme 1848 Medienvielfalt Verlags GmbH (unzensuriert.at)

Die 1848 Medienvielfalt Verlags GmbH (unzensuriert.at) erstattete zu den Textteilen

Seite 14 – 15

und

Seite 17

im Wesentlichen folgende Stellungnahme:

Im vorliegenden Bericht wird auf Seite 15 in einer Frage die Behauptung aufgestellt, dass *„Parteigeneralsekretär Christian Hafenecker einen für die FPÖ unangenehmen Artikel nach ungefähr 5 Minuten bei der Plattform unzensuriert.at offline nehmen lassen hat“*. **Tatsache ist**, dass Herr Christian Hafenecker zu keinem Zeitpunkt bei unzensuriert.at irgendeinen Artikel offline nehmen hat lassen.

Weiters wird behauptet, *„Straches Wunsch nach Inseraten (,Wochenblick, unzensuriert, und Alles Roger bitte inserieren‘) wurde jedenfalls – ob aufgrund seiner Nachricht oder nicht – Folge geleistet. Das Innenministerium inserierte in jedem der genannten Medien.“* **Tatsache ist**, dass das BMI in der Amtszeit von Innenminister Kickl kein einziges Inserat bei „Unzensuriert“ beauftragte.

Auf Seite 17 wird ausgeführt: *„Die damalige Leiterin des Extremismus-Referats im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung [...] verfasste zum Linzer Kongress Verteidiger Europas im Jahr 2016 einen Lagebericht. Nicht nur das ,Vernetzungstreffen [...]‘ wurde dabei behandelt, sondern auch die Plattform unzensuriert.at. Dort würden Inhalte veröffentlicht werden, ,die zum Teil äußerst fremdenfeindlich , seine und ,antisemitische Tendenzen‘ aufweisen. Auch ,verschwörungstheoretische Ansätze und pro-russische‘ Ideologien würden dort vertreten werden.“*

**Tatsache ist:**

- 1.) Die genannte Leiterin des Extremismus-Referats hat im Rahmen des Untersuchungsausschusses über die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT-Untersuchungsausschuss) in der Sitzung am 11. Oktober 2018 auf die Frage, ob es *„richtig ist, dass Sie diese Gefährdungseinschätzung verfasst haben?“* geantwortet hat: *„Also ich habe es nicht verfasst, aber meine Leute.“* Im aktuellen Untersuchungsausschuss scheint es nun so - obwohl sie kein Detailwissen mehr habe -, dass den Bericht doch sie selbst verfasst hat.
- 2.) Die Herkunft der „Fakten“, auf denen die Lageeinschätzung angeblich beruht, sind jedoch

angesichts eines Dokuments aus dem BVT, das auf Grund einer Auskunft gemäß § 26 des Datenschutzgesetzes vorliegt, weiterhin unklar, wird dort doch offen eingestanden: „Eine Analyse oder konkrete Einschätzung des Mediums (unzensuriert.at, Anm.) wurde aber durch das BVT nicht durchgeführt.“

